

Düggelins Vorschlag aus der Sicht von Oekonomen

Gratis ins Theater?

Von Dr. Bruno S. Frey und Dr. René L. Frey, Privatdozenten an der Universität Basel

Der Direktor der Basler Theater, Werner Düggelin, hat kürzlich einen viel beachteten Vorschlag gemacht: Theaterbesuche sollen gratis sein. Ueber die ökonomische Rechtfertigungsmöglichkeit des Vorschlages scheint sich Düggelin indessen nicht ganz im klaren zu sein. Es ist auch tatsächlich schwierig, ihn unter ökonomischen Gesichtspunkten zu beurteilen. Eine erste Reaktion ist: Schön wäre es schon; aber warum soll gerade das Theater gratis sein, nicht aber Tram, Taxi, Brot und Pelzmäntel?

Aufgabe des Theaters

Im folgenden wollen wir eine Beurteilung unter ökonomischen Gesichtspunkten (unter Vernachlässigung der künstlerischen Aspekte) vornehmen.

Oeffentliche Betriebe im allgemeinen und staatliche Theater sind keine privaten Unternehmungen; ihre Aufgabe besteht eindeutig nicht im Erzielen eines möglichst hohen Gewinns, sondern in der Förderung des Wohlstands der Einwohner. Demnach kann der Wert eines Theaters für die Gesellschaft als ganzes nicht an der Höhe der Gewinne bzw. der Höhe der Verluste abgelesen werden. Andere Kriterien müssen gesucht werden.

Der optimale Preis ...

Wenn man davon ausgeht, die Aufgabe des Theaters bestehe darin, den Wohlstand der Gesellschaft zu erhöhen, dann ergibt sich daraus, dass der Eintrittspreis so hoch angesetzt werden sollte, dass er gerade den sogenannten Grenzkosten entspricht. Dies bedeutet mit anderen Worten, dass es volkswirtschaftlich sinnvoll ist, solange einen zusätzlichen Besucher ins Theater zu lassen, als dieser bereit ist, zumindest soviel dafür zu bezahlen, dass die durch ihn verursachten zusätzlichen Kosten gedeckt werden.

Wichtig ist somit nicht die absolute Höhe der Kosten einer Aufführung oder einer Inszenierung; wichtig ist allein, dass der Nutzen für einen weiteren Theaterbesucher grösser ist als die Kosten, die er verursacht (Prinzip «Preis gleich Grenzkosten»). Diese etwas akademisch tönende Regel ist auch unmittelbar einleuchtend: Wenn schon ein Theaterstück aufgeführt wird, ist es besser, das Theater sei bis auf den letzten Platz besetzt, als dass Personen nicht zugelassen werden, die am gespielten Stück Gefallen finden würden.

Da ein zusätzlicher Theaterbesucher (fast) keine Kosten verursacht (das Gebäude, die Schauspieler, die Garderobefrauen und die Securitaswächter sind ohnehin da; auch die Eintrittsbillette sind gedruckt), müsste vom gesellschaftlichen oder gesamtwirtschaftlichen Standpunkt aus der Eintrittspreis Null sein. Düggelins Vorschlag ist somit auch vom Oekonomen aus nicht a priori unsinnig. Hier liegt der Unterschied zu den oben angeführten Gütern wie Brot und Pelzmäntel; für sie sind eben die Grenzkosten der Produktion grösser als Null.

... ist keine absolute Grösse

Unsere Regel «Preis gleich Grenzkosten» hat nun aber nur dann Gültigkeit, wenn das Theater nicht ganz gefüllt ist, bzw. wenn einzelne Platzkategorien nicht vollständig besetzt sind. Zur Vereinfachung des Problems gehen wir im folgenden von einem Theater aus, in welchem alle Plätze ungefähr gleich gut sind. Wir denken dabei an die Komödie oder an das neue Stadttheater.

Wenn die Nachfrage nach Theaterplätzen grösser ist als das Angebot, wenn somit alle Plätze besetzt sind, sind streng genommen die Grenzkosten nicht mehr Null. Zur Befriedigung der Nachfrage müsste ja eine zusätzliche Aufführung angesetzt werden. Da dies nun aber nicht möglich ist, bedarf es irgendeines Mittels, um die Nachfrage auf die Höhe des Angebots zu reduzieren.

Die heutige Lösung besteht in der Erhebung von Eintrittspreisen, wobei allerdings fraglich ist, ob diese Preise richtig angesetzt sind. Im Idealfall sollten sie gerade so hoch sein, dass jeder Platz besetzt ist.

Uebersteigt die Nachfrage das Angebot, kommt somit dem Preis die Funktion zu, zu entscheiden, wer die verfügbaren Plätze einnehmen soll. Würde auf Preise verzichtet, wie Düggelin dies vorschlägt, so würde ein anderes Zuteilungskriterium an die Stelle des Preises treten, z. B. Schlangestehen (wer zuerst ist, erhält den Platz) oder ein schwarzer Markt (sofern überhaupt Billette ausgegeben werden). Im Falle des schwarzen Marktes käme das Preissystem durch die Hintertüre wieder herein — mit der unerfreulichen Folge, dass die Organisatoren dieses schwarzen Marktes die Gewinne einstecken, auf die das Theater (und damit der Staat) verzichtet hat. Es ist durchaus möglich, dass diese Preise sogar höher wären als die heutigen Preise.

Natürlich muss jedem einzelnen überlassen bleiben, zu entscheiden, was besser ist: Preise, Schlangestehen, schwarzer Markt. Wir persönlich ziehen Eintrittspreise vor, weil dann die Ausgaben der Besucher dem Theater als Einnahmen zufließen.

Einmal teuer, einmal gratis

Um dem eingangs aufgeführten Ziel — Maximierung des Wohlstands der Gesamtbevölkerung — gerecht zu werden, muss somit das Prinzip «Preis gleich Grenzkosten» mit der Funktion von Preisen, Angebot und Nachfrage einander anzugleichen, kombiniert werden. Dies kann in der Weise erfolgen, dass aufgrund von Erfahrungszahlen (Besuchersfrequenzen nach Wochentag und Saison sowie Attraktivität des Stücks) für jede Aufführung die Nachfrage soweit als möglich prognostiziert wird. Der Preis wird dann für jede Aufführung anders angesetzt: Populäre und glänzend inszenierte Aufführungen sind teurer als missglückte, Wochenendaufführungen teurer als Montags- oder Dienstags-Aufführungen, Winteraufführungen teurer als Ende-Mai-Aufführungen. (Hazy Osterwald hat dies schon längst herausgefunden: Die Eintrittspreise im Hazyland variieren je nach Wochentag, Saison und Show bzw. Orchester.)

Gewisse Aufführungen, die nicht viele Leute interessieren (wie zum Beispiel Experimente), könnten bei Befolgung einer solchen Preispolitik durchaus gratis sein. Dieses Preisbildungsprinzip wäre im weitern leicht zu kombinieren mit der bereits heute praktizierten Abstufung der Preise nach Bevölkerungsgruppen: Schüler, Lehrlinge, Studenten, Militär, Rentner halbe Preise oder für gewisse Aufführungen und Platzkategorien gratis, übrige Besucher volle Preise. Damit könnte auch dem Argument entgegengetreten werden, nur die Reichen könnten sich einen Theaterbesuch leisten.

Variable Preise vorteilhafter

● Ein Hauptnachteil des Vorschlags, wie er von Düg-gelin gemacht worden ist, besteht darin, dass beim völligen Verzicht auf Preise die Unsicherheit, ob man noch einen Platz ergattern kann, so gross wird, dass viele auf einen Besuch verzichten, nämlich alle jene, die ihn planen müssen (Babysitter usw.). Dieser Nachteil fällt bei unserem Vorschlag weg. Wird zum Beispiel für eine Aufführung kein Eintrittspreis verlangt, so weiss jedermann, dass mit grosser Sicherheit das Theater nicht voll besetzt sein wird.

● Preisen kommt auch eine psychologische Bedeutung zu. Der Oekonom spricht vom Snob-Effekt: Was teuer ist, muss auch gut sein. Der Verzicht auf jegliche Preise könnte somit durchaus dem Theater schaden. Hier dürfte allerdings ein gewisser Lerneffekt mit der Zeit dem Düg-gelin-Vorschlag zu Hilfe kommen.

● Würde auf Preise verzichtet, könnte es auch keine Abonnements mehr geben. Vom ökonomischen Gesichtspunkt aus wäre dies insofern ein Nachteil, als Abonnementseinnahmen einen Teil der Kosten der Inszenierungen tragen helfen und der Theaterleitung die feste Ansetzung einer bestimmten Mindestzahl von Aufführungen jedes Stücks erlauben.

● Die Erhebung von Preisen trägt heute dazu bei, die Staats-Subventionen an das Theater kleiner zu halten, als dies bei freiem Eintritt der Fall wäre. Es ist nämlich nicht einzusehen, warum Personen, die bereit sind, einen Preis zu zahlen, davon abgehalten werden sollen. Worauf es vom wohlstandsökonomischen Standpunkt aus ankommt, ist lediglich, zu verhindern, dass Theaterwillige vom Besuch ausgeschlossen werden. Unser Vorschlag trägt dem Rechnung. Ja, es ist sogar möglich, dass das Defizit bei Anwendung einer differenzierten Preisfestsetzung kleiner ist als heute. Erstens werden neue Kreise für Theaterbesuche animiert (Lerneffekt) und zweitens können für sensationelle Aufführungen an günstigen Tagen ohne weiteres höhere Preise erhoben werden, als dies heute der Fall ist.

● In unserer Gesellschaftsordnung gilt der Grundsatz, dass, soweit möglich, jeder Nutzniesser einer Leistung für die Kosten aufzukommen hat. Durch die Erhebung von Preisen kann dieses Postulat zumindest teilweise verwirklicht werden. Nach einem Verzicht auf Eintrittspreise wäre demgegenüber der Kreis der Nutzniesser nicht mehr mit dem Kreis derjenigen identisch, welche die finanzielle Last zu tragen haben (die baselstädtischen Steuerzahler). Was vorzuziehen ist,

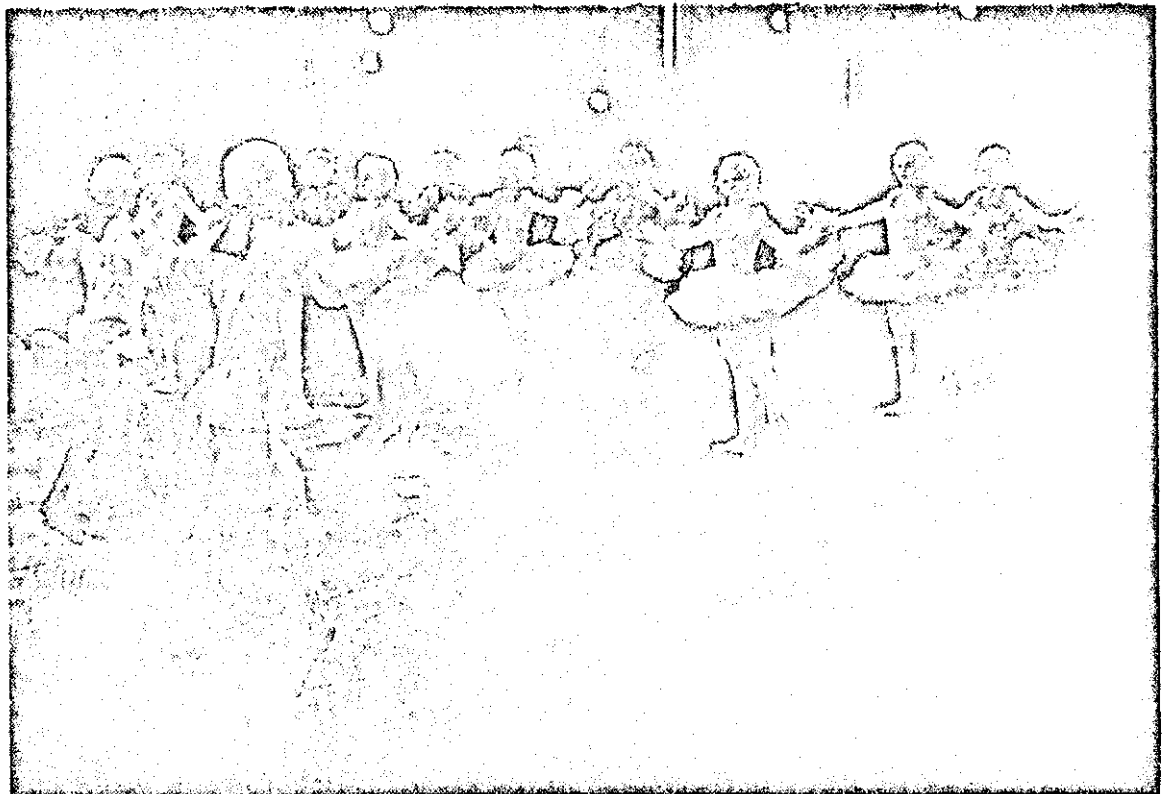
vermag der Oekonom nicht zu entscheiden. In der Diskussion sollte jedoch diese Wohlstands-Umverteilungswirkung klar als solche bezeichnet werden.

Gerade ein Theaterdirektor müsste eigentlich ein Interesse haben, seine «Glanz-Leistungen» jenen teuer zu verkaufen, die davon besonders begeistert sind, und die in der Lage und auch willens sind, hohe Preise zu bezahlen.

Um indessen zu erreichen, dass auch die weniger Begüterten zum Zuge kommen, müsste allerdings ein Stück solange auf dem Spielplan bleiben, als die Einnahmen einer zusätzlichen Aufführung höher sind als die dadurch verursachten zusätzlichen Kosten. Da nun angenommen werden kann, dass die zusätzlichen Kosten einer normalen Aufführung bescheiden sind (die Kosten des Gebäudes und der Inszenierung sind ja fix), können sie mit gutem Gewissen vernachlässigt werden. Das bedeutet, dass die Eintrittspreise mit zunehmender Spieldauer immer mehr fallen und dass schliesslich der Eintritt sogar völlig frei ist. Das Stück würde erst abgesetzt, wenn auch bei Gratiseintritt das Haus nicht mehr gefüllt werden kann.

● Preise und dadurch auch die Höhe der Subventionen werden vielfach als Kontrollinstrument für eine seriöse Führung eines öffentlichen Betriebs betrachtet. Darauf ist auch Düg-gelin im NZ-Gespräch (NZ vom 19. 5. 69/Nr. 222) eingegangen. Trotz seiner gegenteiligen Beteuerungen könnte auf längere Frist tatsächlich die Gefahr einer laxeren Betriebsführung entstehen, wenn auf Preise überhaupt verzichtet wird. Dadurch, dass, nach unserem Vorschlag, Einnahmen hereingespielt werden, die vielleicht sogar höher sind als die heutigen, könnte dem Theaterdirektor unserer Ansicht nach der Rücken bei den Subventionsverhandlungen gestärkt werden. Finanzielle Erfolge sind nun einmal in unserer Gesellschaft und für unsere Politiker Argumente, die akzeptiert zu werden pflegen.

● Ein Gratistheater würde bedingen, dass auch andere kulturelle Leistungen gratis abgegeben werden müssen. Damit würde indessen jegliche private Initiative, die ja durchaus erwünscht ist, auf diesem Gebiet abgetötet. Für alle staatlichen kulturellen Institutionen sollten jedoch die gleichen Preisbildungsregeln befolgt werden, wie wir sie hier für das Theater vorgeschlagen haben. Insbesondere scheint es uns offensichtlich, dass für Museen nur Gratiseintritte sinnvoll sind. Dort kann kein Zweifel darüber bestehen, dass durch zusätzliche Besucher keine zusätzlichen Kosten verursacht werden.



Ballettabend im Basler Stadttheater. Gratis oder — je nach Nachfrage — teurer als bisher? Das stellen Oekonomen zur Diskussion. Photo Kurt Wyss